



Presseinformation

Nr. 051/2002

Kiel, Montag, 4. Februar 2002

Grüne Gentechnik/Genehmigungsverfahren

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Christel Happach-Kasan: „Das Aufblähen des Zulassungsapparates ist kein Beitrag für mehr Sicherheit der Verbraucher“

Zu der Forderung des Landesumweltministers Müller in einem Beitrag in den Lübecker Nachrichten vom 03./04.02. 2002, einen „Gen-TÜV“ einzuführen, erklärte die agrarpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Christel Happach-Kasan**:

„Gentechnik ist in aller Munde, beim Käse und in der Medizin. Und niemand stört sich daran. Weltweit in den USA, China und Südamerika werden über 50 Mio. Hektar mit gentechnisch veränderten Pflanzen bestellt. Umweltschäden sind bis jetzt nicht bekannt geworden“, erklärte Happach-Kasan.

„Doch der schleswig-holsteinische Umweltminister läuft gegen Gentechnik Sturm. Er fordert ein zusätzliches schleswig-holsteinisches Genehmigungsverfahren. Nur zu Klarstellung: Bereits heute sind das Umweltbundesamt in Berlin, das Robert-Koch-Institut in Berlin und die Biologische Bundesanstalt in Braunschweig in das Genehmigungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzensorten eingebunden. Dazu kommt zusätzlich das Zulassungsverfahren auf EU-Ebene“, so Happach-Kasan weiter.

„Wir haben also jetzt schon in der Gentechnik einen hohen Mindeststandard für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen. Dem schleswig-holsteinischen Umweltminister reicht das aber nicht. Er bezweifelt die Fachkompetenz der beteiligten Institutionen und fordert für Schleswig-Holstein ein zusätzliches Genehmigungsverfahren.

„Das Ziel ist dabei aber nicht mehr Sicherheit für die Verbraucher, sondern es wird durch einen aufgeblähtes Verwaltungsverfahren, die Forschung und der Anbau im Rahmen der Grünen Gentechnik so unattraktiv gemacht, dass die beteiligten Firmen davon absehen werden, in Schleswig-Holstein anzubauen. Ein Erfolg für die Ideologie der GRÜNEN, aber ein derber Rückschlag für die Forschung in unserem Land“, so Happach-Kasan abschließend.